

Anlage 4 zu TOP 16

**CDU-Fraktion
Im Rat der Stadt Rheine
Josef Niehues**

**21.06.06
Feldhues-Hook 6
48432 Rheine
Telefon: 05975/8276
Telefax: 05975/3573
Josef.Niehues@osnanet.de**

Stellungnahme der CDU-Ratsfraktion zur Verabschiedung der Haushaltssatzung für das Jahr 2006

Zitat:

Was man sparen nennt, heißt nur, einen Handel für die Zukunft abschließen!

(Georg Bernard Shaw 1856 – 1950)

Die CDU-Ratsfraktion wird dem vorliegenden Haushaltsplan (Ergebnis- und Finanzplan) für das Jahr 2006 zustimmen.

Die diesjährigen Beratungen zu dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf haben keine Begeisterung in der CDU-Fraktion hervorgerufen. Die Bürgermeisterin und der Kämmerer haben einen Entwurf präsentiert, der – unter strengen Kriterien – eigentlich nicht beratungsfähig war. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- 1.) Fraktions- und Ausschussmitglieder konnten nur mit sehr viel Mühe erkennen (oder auch nicht) welche Ein- und Ausgaben unter welchem Produkt aufgeführt waren. Wir unterlagen streckenweise einem Blindflug. Eine solche Situation habe ich in 30 Jahren Kommunalpolitik bislang nicht erfahren.
- 2.) Hauptursache für die Mängel in den Haushaltsplanberatungen war die Umstellung der kommunalen Buchhaltung. Von der „kameralen“ Buchführung hin zur sogenannten „doppelten – betriebswirtschaftlichen“ NKF-Buchführung. Dies bedeutet nicht nur ein Systemwechsel, nein diese Änderung erfordert ein neues

Denken und Handeln.

- 3.) Analog mit diesem neuen Buchungssystem wurden auch die sogenannten Produkte neu geordnet und zusammen geführt. Somit erschweren die fehlenden Vergleichszahlen der Vorjahre die Beratungen.
- 4.) Wir wurden in begleitenden Informationsveranstaltungen darüber informiert, zukünftig den Haushalt über die jeweiligen Produkte zu steuern. In 2006 ein vergeblicher Versuch. Es fehlten nicht nur die Vergleichszahlen der früheren Jahre, nein zur Steuerung der Produkte gehört auch, dass die Produkte mit Zielen und Kennzahlen verbunden sind, wobei die jeweiligen Kennzahlen aus den Zielen herzuleiten sind. Für 2006 mussten wir feststellen, dass die Zuordnung der Produkte noch einmal zu hinterfragen ist, Ziele zum Teil unpräzise formuliert waren und eine Verbindung zu den Kennzahlen weitgehend fehlte. Eine Produktsteuerung war somit in 2006 nicht möglich.
- 5.) Wir standen vor der Wahl, den eingereichten Entwurf an die Verwaltung zurück zu geben (damit dort die notwendigen Vorarbeiten geleistet werden konnten), oder aber im Sinne eines weitgehenden Vertrauens eine großzügige Sonderregelung für 2006 zu fahren. Wir haben uns für die „Vertrauensregelung“ entschieden, weil wir auch weitere Verunsicherungen bei den sogenannten „freien Trägern“ vermeiden wollten.
- 6.) Wir waren ohnehin wegen der Umstellung der Buchhaltung sehr spät in der Zeit. Viele Träger und Einrichtungen, aber auch städtische Investitionen brauchen Sicherheit. Wenn wir heute den Etat verabschieden, dann ist ohnehin fast ein halbes Jahr des laufenden Etats verstrichen.
- 7.) Es war vor allem der Wille der Verwaltung, schon in diesem Jahr zu der Umstellung auf die NKF- Buchführungssystem zu kommen. Wir hätten aber auch noch bis zum Jahre 2009 Zeit gehabt. Der Ehrgeiz, zu den Ersten in NRW zu gehören, erfordert seinen Tribut. Die Umstellungsprobleme waren und sind größer als angenommen und: Im Verlauf der Beratungen tauchten immer wieder vergessene oder doppelte Kostenpositionen auf. Dies ist keine Kritik, sondern ein Faktum.
- 8.) Denn: Das neue NKF-Buchführungssystem hat uns auch brutal die Augen geöffnet über die tatsächliche Lage unserer kommunalen

Finanzen. Das neue betriebswirtschaftliche System erfordert es, das kommunale Bestands- und Umlaufvermögen zu erfassen und zu bewerten. Mit der Vorstellung der sogenannten Eröffnungsbilanz werden wir nach der Sommerpause erstmalig erfahren, welche Vermögenswerte die Stadt besitzt. Gleichzeitig müssen wir aber auch diese Vermögenswerte über die jährlichen Abschreibungen jeweils neu bewerten. Abschreibungen zeigen den jährlichen Substanzverlust auf und stellen somit betriebswirtschaftlich „Kosten“ dar, die jedes Unternehmen – und nun auch die öffentliche Hand – als Kosten in der „jährlichen Gewinn- und Verlustrechnung“ darstellen muss. Für uns bedeutet dieses nach den vorläufigen Schätzungen, dass rd 19 Millionen € Abschreibungen auszuweisen sind.

- 9.) Bei den früheren betriebswirtschaftlichen Kalkulationen von Gebührenhaushalten war ein vergleichbares System bereits installiert, so dass insgesamt gesehen nicht 19 Mio € Kosten neu hinzukamen. Aber statt des bislang erwarteten jährlichen Defizites von 10 Mio. € wurden wir von nunmehr 20 Mio. € Defizit überrascht. Diesen Effekt werden alle anderen Städte und Gemeinden spüren, wenn sie in den Folgejahren bis 2009 ihre Buchhaltung umstellen. Dann wird für viele Kommunen die Dramatik der Haushaltssicherung noch deutlicher werden.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, besonders in der zentralen Gruppe des Fachbereiches Finanzen, sowie beim Kämmerer Herrn Lütkeemeier, sagen wir ein herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit. Sie haben sich mutig der großen Herausforderung des Haushaltes 2006 gestellt.

Externe Einflüsse auf die Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen dieses Jahres wurden zudem über weitere externe Einflüsse negativ beeinflusst.

Da sind in erster Linie die Einflüsse von EU, Bund und Land zu nennen. Die Übertragung von immer neuen Leistungen und Verpflichtungen auf die Kommunen – ohne die dafür notwendigen Finanzmittel bereit zu stellen – ist nicht weiter hinnehmbar. Der Kollaps der kommunalen Finanzen ist bundesweit spürbar. Die Kommunen sind im wahrsten Sinne des Wortes weitgehend „Pleite“. Die Überforderungen mit immer neuen Aufgaben, Forderungen und bürokratischen Hemmnissen ist nicht mehr wegzudiskutieren. Entschieden handeln ist notwendig. Die

Kommunen brauchen mehr Luft zum Atmen. Es darf kein Gesetz, keine Verordnung mehr die Gremien passieren, wenn nicht gleichzeitig der Personal- und Finanzrahmen dafür den Kommunen zur Verfügung gestellt wird. Diese Aufforderung geht an alle, egal wer gerade wo regiert.

Zwei besonders dramatische Beispiele für eine finanzielle Überforderung sind in 2006 zu sehen. Da nenne ich die Auswirkungen von Hartz IV und die Diskussion um die Finanzen der Kindertageseinrichtungen.

Es ist ja lange kein Geheimnis mehr, dass uns die Kosten im Hartz IV Bereich aus dem Ruder laufen. Damit es keinen Zweifel gibt: Die Zusammenlegung der Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe war richtig und notwendig. Doch „wie es gemacht wurde“ und welchen Fehleinschätzungen die Fachleute unterliegen, das ist schon bemerkenswert. Da wünsche ich mir mehr Solidität und Fachlichkeit bei den Beratungen dort oben. Das Fördern der Hartz-IV-Empfänger findet kaum statt. Somit steigen die Fallzahlen und die Folgekosten. Hier sehe ich neben Bund und Länder auch den Kreis in der Verpflichtung, die Belastungen der Kommunen zu reduzieren. Die Aufwendungen für Wohnungen, Nebenkosten, Umzüge etc. sind inzwischen um ein Vielfaches gestiegen.

Zu Lasten der Kommunen und Kreis hat sich das Land auch aus seinem Anteil an den Kindergartenbeiträgen aus der Verantwortung gezogen. Die Reduzierung der Landeszuschüsse ist ein schwerer politischer Fehler. Wir sind in Rheine nicht in der Lage diese ausfallenden Finanzmittel aufzugreifen, zumal das Jahr 2007 uns erkennbar weitere Belastungen bescheren wird.

Generell ist festzuhalten: Egal wo und egal durch wen verursacht: Die Stadt Rheine ist nicht in der Lage, wegfallende Finanz- und Fördermittel der EU, des Bundes bzw. des Landes auszugleichen.

Die Finanzlage der Städte und Gemeinden ist bundesweit bedrohlich. Nur wenige Kommunen können ihren Haushalt ohne Eingriff in die Substanz oder Rücklage ausgleichen. In NRW können von 360 Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes nur rd. 10% ihren Haushalt originär ausgleichen.

Während in den Jahren 2000 – 2005 die Einnahmen aus Steuern und vergleichbaren Quellen um 2,6% gestiegen sind (das entspricht weniger als der Inflationsrate), stiegen allein die Ausgaben für soziale Leistungen

um rd. 3 Milliarden. Die Schere zwischen Ein- und Ausgaben geht immer weiter auseinander.

Finanzlage der Stadt Rheine

Schon seit 2003 weisen die kommunalen Haushaltspläne Defizite von 2003 – 2,4 Mio €, 2004 – 4,1 Mio. € - 2005 – 8,4 Mio. € aus. Seit 2003 hat Bürgermeister Wilh. Niemann einen Einstellungsstopp und Budgetkürzungen vorgenommen.

Durch Zuwächse bei der Gewerbesteuer konnten bis 2004 noch strukturell ausgeglichene Haushalte vorgelegt werden. Für 2005 und Folgejahre wurde nach alter Rechnung mit einem strukturellen Defizit von 8,4 – 10 Mio. € gerechnet.

Finanzen in 2006

In Kenntnis der sich abzeichnenden finanziellen Rahmenbedingungen für 2006 stand für die CDU-Ratsfraktion seit März 2006 fest, dass für die kommunalen Finanzen in Rheine einschneidende Veränderungen notwendig sind.

In der HFA-Sitzung vom 09.05.06 habe ich für die CDU-Fraktion dafür geworben, insgesamt zu einer „Koalition der Vernunft“ zu kommen und Schritte für ein „freiwilliges Haushaltskonsolidierungskonzept“ einzuleiten. Diese Einladung zum gemeinsamen verantwortlichen Handeln haben wir an alle in Politik und Verwaltung gerichtet. Ich will nicht verhehlen, dass das Echo ernüchternd und eher enttäuschend ist. Außer allgemeinen Floskeln und Zustimmungen, gab es kaum ernsthafte Bemühungen für erste konkrete Maßnahmen.

Um „Viele“ mitzunehmen, hatten wir unsere Ansprüche an den Etat 2006 deutlich auf zwei Positionen zurückgenommen:

- a) der Stellenplan sollte nicht mehr Personalstellen umfassen als 2005 und
- b) die bisher veranschlagten Personalkosten sollten pauschal um 100.000 € gekürzt werden (das entspricht einer Reduzierung von 0,30% der insgesamt kalkulierten 33 Mio. € Personalkosten).

Erst in der Sitzung des HFA vom 13.06.06 (der letzten Woche) wurde dieses Ziel erreicht. Bis dahin hatte sich die Verwaltung, (hier ist vor allem der Verwaltungsvorstand mit der Bürgermeisterin zu nennen), nicht in der Lage gesehen, diesen Zielvorgaben gerecht zu werden.

Deshalb bringe ich heute unsere Enttäuschung über das fehlende Mitmachen des Verwaltungsvorstandes bei ernsthaften Sparbemühungen bzw. Kostenreduzierungen zum Ausdruck. Allein die FDP und wir waren darum bemüht, das Minimalziel zu erreichen. SPD, Grüne und Verwaltungsvorstand waren nicht Motor, sondern Bremser.

Allein der Prozess um die Personalkostenreduzierungen im Rathaus der letzten 4-5 Wochen macht uns Sorge. Fast jeder Dezernent und Fachbereich war darum bemüht, eine „Trutzburg“ um die dortigen Personalstellen und Haushaltsansätze zu bauen. Freiwillige Kosteneinsparungen schon 2006 – eine weitgehende Fehlanzeige. Sparvorschläge wurden allenfalls im Fachbereich des Anderen gefordert. Von einer gemeinsam getragenen Verantwortung für das Ganze sind wir noch weit entfernt. Solange dieses auch für die Ebene des Verwaltungsvorstandes gilt, wird es schwierig sein, die Disziplin und Verantwortung auf die Ebene der Fachbereiche und Fachausschüsse zu übertragen. Hier wird nicht geführt, nicht genug und koordiniert. Solidarische Konsolidierung ist gefragt.

Erlauben Sie mir noch einen Rückblick auf die Stellenplan-Diskussion. Der Stellenplan ist keineswegs so unwichtig und unbedeutend wie ihn die Verwaltung dargestellt hat. Da empfehle ich zunächst einen Blick in die Gesetzgebung.

Die Bürgermeisterin und die Verwaltung können weitgehend autark Personalentscheidungen treffen, wenn der Stellenplan und die bereitgestellten Finanzmittel dieses hergeben. Deshalb wird die Verwaltung immer darum bemüht sein, einen möglichst großzügigen Rahmen zu erhalten.

Mit den nunmehr vorgelegten rd. 706 Stellen im Stellenplan 2006 liegt die Verwaltung um rd. 2 Stellen unterhalb des Stellenplanes von 2005. Wir erinnern uns noch der harschen Reaktionen der Bürgermeisterin und der Verwaltung, als wir im März 2006 im HFA den Beschluss gefasst haben, rd. 20 Stellen, die über neun Monate nicht besetzt waren und für die es keinerlei gesetzlichen Rückkehrrechte etc. gab, zu streichen. Eigentlich müsste sich heute die Bürgermeisterin für diesen Beschluss bei uns bedanken. Seinerzeit sind wir dafür sehr von der Bürgermeisterin kritisiert worden und sie übernahm die Rolle der Hüterin des Personals.

Welch ein verheerendes Signal wäre ausgesandt worden, wenn stattdessen nur über 22,7 neue Stellen gesprochen worden wäre, die die Verwaltung in 2006 neu gefordert hat. Zugegeben, in den 22,7 Stellen sind 6 Stellen für Feuerwehrleute enthalten, die bereits beschlossen waren. Es sind aber immerhin trotzdem noch 16,7 neue Stellen gefordert worden. Wenn der Stellenplan gegenüber 2005 nicht ausgeweitet worden ist, so ist dieses ein kleiner Erfolg der CDU-Fraktion.

Unser Eindruck: Es regiert bei den Stellenfreizügen und –besetzungen zu sehr der „Zufall“. Planvolles, abgestuftes Handeln bei Personalentscheidungen kommt zu selten vor.

Einen positiven Eindruck hat uns in diesem Zusammenhang der Personalrat der Stadt Rheine vermittelt. Nach ersten Irritationen, die unsere Konsolidierungs- und Personalkostenreduzierungsbeschlüsse verursacht haben, können wir heute eine offene Gesprächssituation feststellen. Er ist offensichtlich bemüht, mit eigenen konstruktiven Vorschlägen die zukünftige Diskussion zu begleiten.

Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich bereits deutlich gemacht, dass der von der Verwaltung aufgestellte Entwurf für 2006 weitgehend ohne Veränderungen verabschiedet wird.

Widersprechen müssen wir der Bürgermeisterin in ihrer Aussage, der vorliegende Etat sei ein „Generationen gerechter Entwurf“. Dieses sehen wir anders. Wenn die Haushaltsrücklage von rd. 24 Mio. € mit fast 20 Mio. € verbraucht wird, ist eine solche Aussage nicht zu halten.

Die Eckdaten und Investitionsvorhaben stimmen weitgehend mit unseren politischen Vorstellungen überein. Insoweit hat sich die Verwaltung um eine konsensuale inhaltliche Darstellung bemüht.

Uns sind in 2006 folgende Investitionen und Maßnahmen wichtig:

- Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Schulen
- Sicherung der dezentralen Angebote für Kinder und Jugendliche
- Sicherung der Sportförderung und Sportvereine – anlagen,
- Erhalt der sozialen Standards mit Augenmaß
- Sicherung der Partnerschaft mit der heimischen Wirtschaft
- Lfd. Unterhalt und Pflege städt. Gebäude, Einrichtungen, Straßen etc.
- Vorbereitung auf den demographischen Wandel in Rheine (allerdings ohne eine inhaltliche Überhöhung und Überzeichnung des Themas)

- Erarbeitung einer Zielevereinbarung mit den Akteuren der Innenstadt, Stadtentwicklung für die Projekte Kaserne Gellendorf und Bahnseitenflächen,
- Erhalt der kulturellen Vielfalt in Rheine
- Weiterarbeit an der Konzeption für Bentlage

Unter Verzicht auf viele Wünsche und Forderungen, ja selbst bei einer deutlichen Zurückhaltung wünschenswerter und dringlicher Maßnahmen, liegen die **Ausgaben um rd. 19 Mio. € über den Erträgen**. Somit konnte gegenüber dem Entwurf die heute vorliegende Haushaltssatzung um rd. **2,3 Mio. € Ergebnisverbesserungen** vorgelegt werden. Entsprechend reduziert sich die Inanspruchnahme der Haushaltsrücklage.

Ich verzichte darauf hier einzelne Haushaltsansätze nochmals wiederzugeben. Hinweisen möchte ich nur auf die nunmehr vorliegenden Eckwerte:

- Im Ergebnisplan sind Erträge mit 124.956.259 € und Aufwendungen mit 142.459.368 € festzusetzen.
- Im Finanzplan betragen die Einzahlungen 117.601.108 € und die Auszahlungen 124.946.773 €.
- Der Gesamtbetrag zur möglichen Aufnahme von Krediten wird auf 2.140.195 € festgesetzt.
- Die Verpflichtungsermächtigung werden für 2006 mit 5.463.000 € angesetzt.
- Die Ausgleichsrücklage wird um 19.295.859 € reduziert.

Das Motto für den Etat 2007 und Folgejahre: Weniger ist mehr!

Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse. Daran tragen auch wir politischen Vertreter unsere Verantwortung.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Bistlang hielten wir unser Defizit für überschaubar. Doch die Entwicklung seit 2004 und die neue NKF-Haushaltsführung öffnen uns brutal die Augen.

So wie bisher geht es nicht weiter. Wir dürfen nicht weiter unsere Schulden auf zukünftige Haushalte und Generationen übertragen. Angesicht der katastrophalen Haushaltslage ist Sparen – Haushaltskonsolidierung ohne Alternative. Und trotz deutlicher Einschnitte in 2007 wird es noch viele Jahre dauern, bis die jährlichen Ein- und Ausgaben miteinander ausgeglichen sind.

Für 2007 heißt dieses konkret:

Alles muss auf den Prüfstand! Personalbestand und Produkte, freiwillige Leistungen und Investitionen.

In erster Linie heißt es aber auch für Bürger und Politik:

Wir müssen unsere Ansprüche an die Leistungskraft der Verwaltung reduzieren. Weniger Personal bedeutet auch Verzicht auf Qualität, Ansprüche, Zeitlimits in allen Bereichen von Kultur, Sport, Jugend, Soziales, aller Dienstleistungsbereiche.

Wir müssen konkret über die Rücknahme von Teilprodukten, von Standards etc. sprechen. Davon ist der Baubereich (Beispiel Umbau Bücherei, Erweiterung Bauhof, Ausbauten aller Art im Hoch und Tiefbau) betroffen, aber ebenso die sogenannten „weichen“ Fachbereiche. Nicht jede freiwillige Leistung und Bezuschussung von Vereinen wird auch weiterhin so zu leisten sein.

3 Säulen Konzept: Personalkostenreduzierung – Reduzierung freiwilliger Leistungen – Grundsteuererhöhung

Wir haben deshalb bereits am 09.05.06 im HFA für das Jahr 2007 und Folgejahre von einem Dreiklang im Handlungskonsolidierungskonzept gesprochen.

Bei rd. 33 Mio. € laufender Personalkosten im Jahr ist klar, dass es ohne deutliche Personalkostenreduzierungen nicht gehen wird. Wir werden Vorschläge für direkte und indirekte Personalkosten-Einsparungen von rd. 500.000 € erarbeiten müssen. Wir sind darum bemüht, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Ein erstes Signal ist mit der bereits angekündigten Reduzierung einer Dezernentenstelle im Verwaltungsvorstand gegeben worden. Diese Entscheidung ist uns nicht leicht gefallen und wir teilen auch nicht die Einschätzung des SPD-Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Bürgermeisters Günter Thum, der im Zusammenhang mit der Besetzung des Verwaltungsvorstandes von einem „Wasserkopf“ in der MZ gesprochen hat. Wenn wir uns den Umfang und die Fachlichkeit des Verwaltungsvorstandes weiterhin leisten könnten, würden wir den Rahmen für die Stadt Rheine als angemessen ansehen. Wir können aber nicht allein Personaleinsparungen in der Breite fordern, ohne auch in der Verwaltungsspitze ein Zeichen zu setzen. Die nächste Stellenentscheidung für März 2007 betrifft nun mal das Rechtsdezernat.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit nochmals ausdrücklich das große Engagement und die hohe Fachkompetenz von Dr. Janning herausstellen, der über viele Jahre der Stadt Rheine gedient hat. Er wird eine Lücke hinterlassen, die nur schwer zu füllen sein wird. Umso deutlicher werden die anderen Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und auch die Bürgermeisterin zusätzliche Leitungsfunktionen übernehmen müssen. Nach rund 2 Jahren als Bürgermeisterin im Amt reichen Repräsentationsaufgaben allein nicht mehr!

Den zweiten Schwerpunkt werden wir auf die sogenannten freiwilligen Leistungen und Transferleistungen an Dritte richten müssen. Auch hier sind Kostenreduzierungen unvermeidlich. Wenn wir nicht zu einer freiwilligen Haushaltskonsolidierung kommen, dann wird später der Einschnitt bei einem Haushaltssicherungskonzept umso härter sein. Dort heißt es im ersten Absatz des HSK: „Die Erfüllung der kommunalen Aufgaben ist nur im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit möglich“. Ein freiwilliges Haushaltskonsolidierungskonzept ist also gerade im Sinne der freien Verbände und Vereine.

Machen wir uns nichts vor: Diese Leistungseinschränkungen werden „wehtun“. Wenn aber alle mitarbeiten und gemeinsam Lösungen gesucht werden, dann können wir ein soziales und gesellschaftliches Gleichgewicht bei den Mittelkürzungen erreichen.

Nur wenn diese Ansätze für 2007 auch erreicht werden, ist es den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Rheine vermittelbar, schon in 2006 die Grundsteuer B um rd. 500.000 € anzuheben. Sie leisten also schon in diesem Jahr ihren Anteil an den Sanierungsbemühungen.

Koalition der Vernunft

Wir wiederholten unser Angebot an eine „Koalition der Vernunft“, um den schwierigen Haushaltsplan für 2007 auf die Beine zu stellen. Wir sind gespannt darauf, ob der Verwaltungsvorstand vom Zauderer zum Motor wird und wie der Personalrat die konstruktive Rolle ausfüllt. Gespannt sind wir auch bei SPD und Grüne in Rheine. Bislang haben sie ihre Rolle noch nicht gefunden. Nach der Sommerpause muss mehr kommen, als allgemeine Floskeln. Wir erwarten von Ihnen den Mut, auch unangenehme und unpopuläre Entscheidungen mitzutragen.

Wir haben eine Menge Ideen und Vorschläge, die wir neu in die Zukunftsdiskussion einbringen werden. Es gibt aber keine fertigen Konzepte. Also ist konstruktive Mitarbeit gefragt. Wir wünschen uns,

dass diese Verantwortung gemeinsam genutzt wird und ein „Ruck“ durch SPD, Grüne und Verwaltung in Rheine geht.

Wir werden die seitens der Verwaltung vorgelegten und noch vorzulegenden Vorschläge offen prüfen, aber auch einem Nachhaltigkeitstest unterziehen.

Zur SPD noch ein Wort: Wir ersparen uns aktuell ein eingehen auf die Publikation „Durchblick“. Der dortigen Polemik setzen wir das Angebot zur gemeinsamen Verantwortung entgegen.

An Verwaltung und Politik haben wir die Bitte, gemeinsam auch nach Wegen zu suchen, um die Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Bürgernähe der Verwaltung zu verbessern.

Dazu gehört u.a. dass wir zum Beispiel die Wirtschaftlichkeit einzelner Aufgaben am Bauhof auf den Prüfstand stellen und den Weg zur besseren Kostenstrukturierung bei Musikschule/VHS weiter gehen. Die Reduzierung des Personals muss mit einer Reduzierung der Büroflächen einhergehen.

Damit die Haushaltsplan-Beratungen für 2007, die nach der Sommerpause beginnen sollen, auch fachlich und qualitativ umgesetzt werden können, gilt es die in 2006 erkannten Mängel abzustellen.

Ich nenne hier als Vorgabe:

- Produktkritik und Umfang,
- Zieldefinition und abgeleitete Kennzahlen,
- Umfassender und einheitlicher Erläuterungsbericht zu den Produkten
- Verbesserung der Übersichtlichkeit beim Stellenplan und Stellenplan-Besetzungen (u.a. freie Stellen).

Trotz aller kritischer Anmerkungen:

Wir haben große Chancen unsere Probleme zu meistern, ohne dass es in Rheine zu einem Kahlschlag an Leistungen kommt. Wenn jeder seinen Teil der Verantwortung übernimmt, dann wird es für alle leichter sein.

Anbei noch eine Sammlung von Zitaten zum Thema sparen. Mag jeder sie für sich wirken lassen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Zitatesammlung zum Thema Sparen:

Der vergebliche Versuch, sich an den eigenen spärlichen Einkünften zu bereichern.

Wolfram Weidner (*1925), dt. Journalist

Die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung.

Theodor Heuss (1884-1963),

Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.

Norbert Blüm

Der Pfennig ist die Seele der Milliarde.

Grete Schickedanz (1911-94),

Die Sparsamkeit ist die Tochter der Vorsicht, die Schwester der Mäßigung und die Mutter der Freiheit.

Samuel Smiles (1812-1904)

Oh, ihr unsterblichen Götter! Sie sehen es nicht ein, die Menschen, welch große Einnahme die Sparsamkeit ist.

Marcus Tullius Cicero (106-43)

Reich wird man nicht durch das, was man verdient, sondern durch das, was man nicht ausgibt.

Henry Ford (1863-1947),

Sparsamkeit ist die Fähigkeit, Geld so auszugeben, daß es einem keine Freude bereitet.

Arthur Brauner (*1918),

Was man sparen nennt, heißt nur, einen Handel für die Zukunft abschließen.

George Bernard Shaw (1856-1950),

Für den Normalbürger bedeutet Sparen: Er gibt das Geld, was er hat, nicht aus. Für den Staat bedeutet Sparen: Er gibt das Geld, was er nicht hat, nicht aus.

Fritz Süverkrüp, Honorarkonsul.